

Böhmer, Michael; Petersen, Thieß

Article

Vorteile Deutschlands durch die Währungsunion: Replik auf die Beiträge von Ulrich van Suntum sowie Tim Oliver Berg und Kai Carstensen im ifo Schnelldienst 10/2013

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Böhmer, Michael; Petersen, Thieß (2013) : Vorteile Deutschlands durch die Währungsunion: Replik auf die Beiträge von Ulrich van Suntum sowie Tim Oliver Berg und Kai Carstensen im ifo Schnelldienst 10/2013, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 66, Iss. 14, pp. 25-29

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/165296>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der ifo Schnelldienst widmet sich in seiner Ausgabe 10/2013 in gleich zwei Beiträgen der gemeinsam von der Bertelsmann Stiftung und der Prognos veröffentlichten Studie »Vorteile Deutschlands durch die Währungsunion«. Diese außergewöhnlich hohe Aufmerksamkeit freut die Verfasser.

In den beiden Beiträgen »Prognos kann negative Folgen einer Rückkehr zur D-Mark nicht belegen« von Ulrich van Suntum sowie »Vorteile durch die Währungsunion?« von Tim Oliver Berg und Kai Carstensen werden die in unserer Studie verwendeten Methoden sowie die aus der Untersuchung abgeleiteten Schlussfolgerungen kritisch diskutiert. Im vorliegenden Beitrag nehmen wir Stellung zu dieser Kritik.

Welche Frage wird gestellt?

Zunächst suggeriert der Titel des Beitrags von van Suntum, Prognos und die Bertelsmannstiftung hätten die Folgen einer Rückkehr Deutschlands zur D-Mark untersucht. Dies ist nicht der Fall. Vielmehr werden die Auswirkungen der deutschen Zugehörigkeit zum Euroraum analysiert. Dies ist etwas fundamental anderes. Auch wird nicht untersucht, ob es bislang vorteilhaft war, dass Deutschland seit dem Jahr 1999 Mitglied der Währungsunion ist. Vielmehr lautet die Untersuchungsfrage: Gegeben Deutschland ist heute Mitglied der Währungsunion, ist dies gegenüber einem hypothetischen Szenario mit eigener Währung künftig vorteilhaft? Der Betrachtungszeitraum erstreckt sich dabei bis zum Jahr 2025.

Zu den angeführten Kritikpunkten im Einzelnen:

Modelldokumentation

Van Suntum moniert, dass das für die Berechnungen verwendete Modell VIEW nicht dokumentiert sei. Die Studie selbst enthält nur eine Kurzbeschreibung von VIEW im Rahmen eines Kastens. Eine umfangreichere Dokumentation ist auf der Website der Prognos (www.prognos.com) nachzulesen. Dort werden der Modellcharakter sowie grundsätzliche Annahmen und Wirkungszusammenhänge dargestellt. Eine ausführliche Dokumentation ist darüber hinaus im aktuellen Prognos Weltreport enthalten. Die Kritik mangelnder Transparenz hinsichtlich des Modells läuft also ins Leere. Grundsätzlich müssen die

Dokumentationsgepflogenheiten eines privaten Unternehmens wie der Prognos ohnehin anders eingeschätzt werden als die eines öffentlichen Instituts, das qua seiner Finanzierung der Öffentlichkeit rechenschaftspflichtig ist.

Denkfehler und handwerkliche Fehler?

Wenn auch dieser Kritikpunkt nicht zentral ist, so attestiert van Suntum den Autoren der Studie doch einen Denkfehler bei der Aussage, eine (reale) Aufwertung der wiedereingeführten D-Mark führe zu Verlusten bei den in Euro denominierten Auslandsvermögen der Deutschen. Diese Passage ist jedoch nicht korrekt zitiert. Vielmehr lautet es in unserer Studie (Bertelsmann Stiftung 2013, S. 10 f.):

»Zudem kommt es (gemessen in der deutschen Währung) zu einem negativen Vermögenseffekt durch die Abwertung des im Ausland gehaltenen Vermögens.«

Dabei ist der Einschub in Klammern von Bedeutung, insofern liegt keineswegs ein Denkfehler vor. Es wird nicht behauptet, dass die Auslandsforderungen in realen Gütereinheiten davon berührt wären. Ein solcher Effekt geht auch nicht in die Modellrechnungen ein.

In einem weiteren Punkt wird kritisiert, die Autoren hätten brutto und netto verwechselt. Zudem werde die Produktion mit dem verfügbaren Einkommen gleichgesetzt.

* Dr. Michael Böhmer ist Chefökonom der Prognos AG, Dr. Thieß Petersen Senior Expert bei der Bertelsmann Stiftung.

Wenngleich wir explizit nicht den VGR-Begriff des verfügbaren Einkommens verwenden, liegt hier tatsächlich eine sprachliche Ungenauigkeit vor. Aus dem Kontext ist jedoch klar erkennbar, dass hier lediglich eine Umrechnung der Globalgröße des Bruttoinlandsprodukts auf eine Betrachtung je Einwohner vorgenommen wurde. Der Leser muss nicht wohlmeinend sein, um dies zu erkennen. Von einem Bezug zu den Privaten Haushalten ist in unserem Text ohnehin an keiner Stelle die Rede. Dadurch dass wir in jeder Berechnung auf das Bruttoinlandsprodukt (respektive die Differenz des Bruttoinlandsprodukts zu dem des Basisszenarios) abstellen, erübrigt sich der Einwand in Bezug auf die Unterscheidung zwischen brutto und netto.

Der Hinweis, dass bei der Berechnung der Einkommenswirkungen berücksichtigt werden müsse, dass für das Einkommen auch gearbeitet werden muss und dies deshalb nicht mit möglichen Vermögensverlusten saldiert werden kann, stellt einen jener Kritikpunkte von van Suntum dar, die sich offenkundig gar nicht auf die Studie beziehen. Tatsächlich nehmen wir in unserer Studie an keiner Stelle eine solche Saldierung vor.

Darüber hinaus fordert van Suntum, dass das bis zum Jahr 2025 errechnete zusätzlich erwirtschaftete Bruttoinlandsprodukt (van Suntum spricht nun an dieser Stelle selbst von »Einkommensgewinnen«!) abgezinst werden müsse; dadurch fiel es sehr viel kleiner aus. Er schlägt eine Diskont-rate von 3% vor.

Ob die Werte abgezinst werden sollten oder nicht, ist keine Frage von richtig oder falsch, sondern eine Frage der Zweckmäßigkeit. In dieser Studie wird keine Investitionsrechnung vorgenommen, sondern es werden Werte, die sich über den Prognosezeitraum ergeben, in Form einer einzigen Zahl illustriert. Dies dürfe für den Leser – unsere Studie richtet sich nicht ausschließlich an ein Fachpublikum – eingängiger sein als ein Barwert, dessen Höhe maßgeblich vom gewählten Zinssatz abhängt. Die Wahl des Zinssatzes ist zudem fehleranfällig und wissenschaftlich nicht klar bestimmbar: Üblicherweise wird der risikofreie Zinssatz (was ist das heutzutage?) von Staatsanleihen (sic!) gewählt. Bezieht man sich auf die Einkommenswirkungen bei den Bürgern, müsste korrekterweise zudem nicht ein Zinssatz, sondern ihre Zeitpräferenzrate gewählt werden, die durchaus von einem o.g. Zinssatz abweichen kann. Insofern ist unser Vorgehen zweckmäßig und vermeidet die Probleme einer annahmehafteten Diskontierung.

Schließlich werden unsere Annahmen zur Höhe der eingesparten Transaktionskosten kritisiert. Van Suntum bemängelt, dass die von uns gewählte Größenordnung nicht aus eigenen Berechnungen stammt, sondern »als reine Setzung in das Modell« eingeht (van Suntum, S. 40). Es ist ein übliches wissenschaftliches Vorgehen, Erkenntnisse aus der Li-

teratur aufzugreifen und diese dann in die eigenen Berechnungen einfließen zu lassen. Insofern ist diese Kritik nicht stichhaltig. Auch der Vorwurf, wir würden uns lediglich auf Untersuchungen beziehen, »welche vor Einführung des Euro erstellt wurden« (van Suntum, S. 40), ist nicht zutreffend. Tatsächlich berücksichtigen wir explizit den Umstand, dass in der Ex-post-Betrachtung der Einführung des Euro die Transaktionskosteneinsparung etwas geringer eingeschätzt wird als vor dessen Einführung. Dass der von uns gewählte Wert eine eher zurückhaltende Annahme ist, zeigt ein Ende April 2013 vom Direktor des HWWI veröffentlichter Beitrag. Dort schätzt Straubhaar, dass »sich Einsparungen für die deutsche Volkswirtschaft von jährlich 30 Mrd. Euro als Folge der gemeinsamen Währung« ergeben (Straubhaar, S. 2).

Würde eine neue D-Mark aufwerten?

Zentral für die positiven Ergebnisse der Modellrechnungen ist die unterstellte reale Aufwertung einer hypothetischen D-Mark auf das Niveau des Jahres 1999, also zu Beginn der Währungsunion. Diese Annahme bezeichnet van Suntum als »kaum nachvollziehbare Setzung« (van Suntum, S. 41). Seiner Auffassung zufolge müsste eine mögliche Aufwertung – die er nicht bestreitet – »völlig anders abgeschätzt werden«, ohne dies freilich näher zu erläutern. Berg und Carstensen argumentieren, dass die prognostizierte weitere reale Abwertung des »deutschen« Euro in den kommenden Jahren nicht plausibel sei, diese aber der wesentliche Impuls für die langfristigen Wachstumswirkungen aus der Währungsunion für Deutschland sei.

Unser Vorgehen ist gleichwohl ebenso sinnvoll wie nachvollziehbar: Die Wechselkursanpassung wird deshalb nicht ökonomisch geschätzt, da wir nicht einen künftigen Wechselkurs einer hypothetischen D-Mark abschätzen wollen. Dies wäre mit viel zu großen Unsicherheiten behaftet. Vielmehr schreiben wir die plausible Annahme fort, dass sich ohne Gemeinschaftswährung die realen Wechselkurse langfristig nicht verändern würden, sondern Inflationsdifferenzen durch nominale Wechselanpassungen ausgeglichen würden. Damit folgen wir der Kaufkraftparitätentheorie und damit jener Wechselkurstheorie, die als einzige als empirisch (einigermaßen) gültig anzusehen ist. Das Jahr 1999 dient hierbei als Anker, zum einen, weil es den Startpunkt der Währungsunion darstellt, zum anderen, da nach weit verbreiteter Auffassung damals weitgehend die »richtigen« Umrechnungskurse gewählt wurden.

Die weitere – und in der Tat für die Ergebnisse wichtige – reale Abwertung des »deutschen« Euro im Basisszenario (im D-Mark-Szenario ist der reale Wechselkurs konstant) ist ebenfalls gut begründet: In der kurzen Frist entwickeln sich unserer Prognose zufolge zwar die Lohnstückkosten in Griechenland rückläufig. Aber schon in den übrigen Krisenlän-

dem müssen wir von einer Entwicklung ausgehen, bei der der Lohnkostennachteil gegenüber Deutschland nicht oder kaum verringert werden kann. In der mittleren Frist erwarten wir für Deutschland weiterhin moderate Lohnsteigerungen und günstige Produktivitätsentwicklungen, so dass sich gegenüber dem Euroraum als Ganzem tendenziell eine weitere Abwertung ergibt. Ob dies politisch gewünscht ist oder ob in dieser Konstellation die gegenwärtigen Probleme in der Währungsunion gelöst werden können, sind davon zu trennende Fragen.

Inwieweit die Basisprognose des VIEW-Modells eine verlässliche Referenz ist, ist eine Frage der Prognosegüte; diese kann naturgemäß nur ex post festgestellt werden. Für vergangene Perioden hat sich die Prognosegüte unseres Modells als sehr gut erwiesen. Dynamische Ex-post-Simulationen mit VIEW für die Jahre 2005 bis 2012 geben das historische Bruttoinlandsprodukt in Deutschland sehr akkurat wieder: Der RMSPE (root-mean-square-percentage-error) beträgt 1,0%, und im Niveau wird das Bruttoinlandsprodukt im Endjahr der Simulation um lediglich knapp 30 Mrd. Euro unterschätzt.

Im Kontext der Diskussion um den realen Wechselkurs sei auch auf die Wahl der Messgröße unserer untersuchten Effekte eingegangen. Wir haben in dieser angewandten Studie bewusst das Bruttoinlandsprodukt als zentrale Kenngröße verwendet. Dass damit keine Messung von Wohlfahrtswirkungen geleistet werden kann, ist den Autoren bewusst. Es war aber auch nicht ihr Ziel. Selbstverständlich bergen dauerhafte Leistungsbilanzüberschüsse Wohlfahrtsverluste, da sie nichts anderes darstellen als einen Kredit, der nie zurückgezahlt wird. Auch kann eine Verschlechterung der Terms of Trade zu Wohlfahrtsverlusten führen. Dies hängt jedoch bekanntermaßen von der Ursache der Verschlechterung ab. So mindert eine endogene, das heißt durch eigene Produktivitätssteigerungen ausgelöste, Verschlechterung der Terms of Trade die inländische Wohlfahrt gerade nicht. Berg und Carstensen weisen selbst darauf hin, dass eine Operationalisierung der Wohlfahrtswirkungen mit Unschärfen behaftet wäre (Berg und Carstensen, S. 52, Fußnote 7).

Die Diskussion um die Zahlungsbilanz

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt bezieht sich darauf, »zentrale[r] zahlungsbilanztheoretische[r] Zusammenhänge« würden vernachlässigt (van Suntum, S. 41). Dem liegt die These zugrunde, dass Exportüberschüsse zulasten inländischer Investitionen gegangen seien. Diese These wird im Weiteren auch von van Suntum erläutert.

Dieses Argument erscheint zunächst einleuchtend: Statt dem Ausland in Form von Zahlungsbilanzüberschüssen Kredite zu gewähren, könnte diese Ersparnis im Inland in Form

von Investitionen verwendet werden. Die inländische Verwendung der Ersparnis würde durch den steigenden Kapitalstock wachstumsfördernd wirken. Durch die Exportüberschüsse sei also das Wachstum in Deutschland gedämpft worden.

Dieses Argument fußt jedoch ausschließlich auf der Systematik der Zahlungsbilanz. Ex post kann aus der Zahlungsbilanz ein Exportüberschuss immer als unterbliebene inländische Investition interpretiert werden. Aus dieser Systematik heraus ist diese Sichtweise nicht widerlegbar. Damit ist sie jedoch tautologisch. Hinreichend für die Gültigkeit des Arguments wäre ein empirischer Beleg. Dieser ist (bislang) von den Vertretern dieser These unseres Wissens nicht vorgelegt worden. Ohne einen empirischen Beleg zu liefern, kann nicht begründet eingefordert werden, in einer empirischen Szenarienrechnung diesen möglichen Effekt quantitativ abzubilden.

Blickt man über die Mechanik der Zahlungsbilanz hinaus, so lassen sich einige weitere Argumente gegen die These vorbringen:

- Die Argumentation mit Hilfe der Zahlungsbilanz ist *statisch*. Die Tatsache, dass ein Teil der inländischen Ersparnis als Kapitalexport in das Ausland geht, sagt nichts über die absolute Höhe der inländischen Investitionen aus (jedenfalls solange keine Vollbeschäftigung herrscht). Allein darauf kommt es aber im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum an. Denkbar ist ebenso, dass eine exportgetriebene Güternachfrage inländische Investitionen anreizt und über diesen Weg die Grundlage für ein höheres Wachstum bildet. Zudem kann eine hohe inländische Sparquote Voraussetzung für einen gleichzeitig hohen Leistungsbilanzüberschuss und hohe inländische Investitionsquoten darstellen (wie z.B. in Japan, Korea, zudem in China).
- Die Argumentation ist *eindimensional*. Die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse werden einseitig auf niedrige Zinsen in den Schuldnerländern zurückgeführt. Ein Leistungsbilanzsaldo hängt jedoch vom Zusammenspiel zahlreicher Faktoren ab, nicht nur der Nachfrage aus dem Ausland. Vielmehr spielen auch folgende Faktoren eine Rolle: Sparverhalten der privaten Haushalte und des Staates, private Konsumnachfrage, Investitionsbedingungen im Inland, Institutionen auf dem Arbeitsmarkt u.a.m. Empirisch wäre zu klären, welche Einflussfaktoren für Deutschland seit 1999 welche Rolle gespielt haben. Wir kennen hierzu keine empirischen Schätzungen, die so belastbar sind, dass sie in das Modell hätten aufgenommen werden können.
- Wachstumshemmend im Sinne eines Pfads hin zu Vollbeschäftigung würde wirken, wenn den inländischen Unternehmen keine oder nicht mehr in ausreichender Menge Kredite zur Verfügung stünden. Für eine derartige »Kre-

ditklemme«, also eine Situation, in der Kredite für deutsche Unternehmen knapp wären, finden sich aber weder in der Vergangenheit noch derzeit empirische Belege. Insofern liegen keine Anzeichen vor, dass unter den gegebenen Umständen die Höhe der Investition in Deutschland vom Optimum abweichen würde.

Das Abschreibungsszenario

In unserer Studie wird neben der Betrachtung eines D-Mark-Szenarios auch ein (weiterer) Schuldenschnitt von 60% auf die Forderungen gegenüber den vier Südländern Griechenland, Portugal, Spanien und Italien simuliert. Dieser, so van Suntum, müsse als Vermögensverlust angesetzt werden (van Suntum, S. 42). Genau dies tun wir in unseren Berechnungen. Die Formulierung von van Suntum lässt offen, ob der Autor möglicherweise meint, die Vermögensverluste müssten mit den Wachstumswirkungen saldiert werden. Dies wäre gegebenenfalls zur Illustration interessant, methodisch aber nicht vertretbar. Vermögensveränderungen beziehen sich auf eine Bestandsgröße, das Bruttoinlandsprodukt stellt eine Stromgröße dar. Man würde also unterschiedliche Dimensionen miteinander saldieren. Beide Größen könnten allenfalls in Relation zueinander gesetzt werden. Deshalb werden Vermögensverluste korrekterweise nur im Hinblick auf ihre Wachstumswirkungen betrachtet.

Unser Abschreibungsszenario wird auch deshalb als fehlerhaft bezeichnet, da Abschreibungen auch dann anfielen, wenn Deutschland eine eigene Währung hätte. Genau aus diesem Grund behandeln wir ja unser Abschreibungsszenario gerade als zweites Szenario neben dem D-Mark-Szenario und damit als zweite Fragestellung. Dieser Einwand von van Suntum liefert zudem selbst einen weiteren Grund dafür, dass der Vermögensverlust durch einen Schuldenschnitt nicht mit den Wachstumswirkungen der Euro-Mitgliedschaft saldiert werden kann.

Van Suntum äußert die Vermutung, ohne den Euro hätte es die Staatsschuldenkrise in Europa gar nicht gegeben. Dies wäre zunächst schlüssig theoretisch und empirisch zu belegen. Es berührt jedoch nicht die Fragestellung der Studie: Wir untersuchen – gegeben die gegenwärtige Situation und damit die Staatsschuldenkrise! – die Frage, ob es in Zukunft für Deutschland ökonomisch betrachtet besser oder schlechter wäre ohne Euro. Wir untersuchen gerade nicht, was man in der Vergangenheit hätte anders machen können. Auch bezieht sich keines unserer Szenarien darauf, ob die Entwicklung in Deutschland seit 1999 ohne Währungsunion besser gewesen wäre. Das ist für die künftige Entwicklung, die wir aus der Sicht von heute beurteilen, ohne Belang.

Zur Aussage, dass es ohne den Euro keine Staatsschuldenkrise in Europa gegeben hätte, lassen sich zudem die Beispiele mehrerer Länder anführen, die sich auch ohne Euro-Mitgliedschaft in einer – mehr oder weniger akuten – Staatsschuldenkrise befinden. So muss etwa mit dem Vereinigten Königreich eine große Volkswirtschaft derzeit massive Sparanstrengungen unternehmen. Trotz des vermeintlichen Vorteils, die eigene Währung in den letzten Jahren massiv abgewertet zu haben und über eine unabhängige Geldpolitik zu verfügen, befindet sich das Land in keiner besseren Verfassung als viele Euro-Mitgliedstaaten. Länder wie Ungarn oder Rumänien haben ebenfalls Schuldenkrisen, obwohl sie nach wie vor ihre eigenen Währungen besitzen. Dies verdeutlicht: Die Probleme in zahlreichen europäischen Ländern liegen nicht am Euro, sondern lassen sich in erster Linie auf fehlende Strukturreformen und/oder mangelnde Haushaltsdisziplin zurückführen.

Vorteile einer Rückkehr zur D-Mark?

Schließlich argumentiert van Suntum, wichtige ökonomische Argumente einer Rückkehr zur D-Mark würden in unserer Studie nicht behandelt (van Suntum, S. 42). Im Einzelnen:

- Geldpolitische Autonomie der Deutschen Bundesbank.
- Der Kauf deutscher Produkte gegen marode Wertpapiere wäre nicht mehr möglich.
- Die Gefahr einer höheren Inflationsrate könne durch die Wiedereinführung der D-Mark gedämpft werden.
- Die »Erpressbarkeit« Deutschlands zur Zustimmung von Rettungsmaßnahmen würde abnehmen.

Die geldpolitische Autonomie berücksichtigen wir gerade explizit durch die nationale Anwendung der Taylor-Regel. Dass die in Rede stehenden Papiere »marode« sind, ist nicht auf die Währungsunion, sondern auf mangelnde fiskalische Disziplin zurückzuführen. Auch die Gefahr einer langfristig erhöhten Inflationsrate ist Folge der Staatsschuldenkrise und der dadurch induzierten Geldpolitik der vergangenen Jahre, nicht der Währungsunion. Langfristig sind die Zinsen im D-Mark-Szenario in unseren Berechnungen niedriger als im Euro-Szenario, die Inflationsgefahr ist aus dieser Sicht tendenziell sogar höher. Bis zum Ausbruch der Staatsschuldenkrise lag die Inflationsrate in Deutschland in der Regel am unteren Rand der Euroländer. Auch dies ist ein Indiz dafür, dass von der Währungsunion gerade keine verstärkte Inflationsgefahr ausgeht. Die Frage der Erpressbarkeit schließlich ist ein politisches Argument und entzieht sich einer ökonomischen Einordnung.

Insgesamt werden bei den in der Kritik angeführten vermeintlichen Vorteilen einer eigenen Währung fälschlicherweise die negativen Wirkungen der Staatsschuldenkrise

betrachtet, nicht mögliche Nachteile der Währungsunion selbst.

Weitere Kritikpunkte

Darüber hinaus merken Berg und Carstensen in ihrem Beitrag an, dass politische Maßnahmen Verhaltensänderungen der Akteure nach sich ziehen können (Lucas-Kritik) (Berg und Carstensen, S. 52). Aus diesem Grund müsse eine Modellstruktur im Zeitverlauf gegebenenfalls angepasst werden. Dies ist in Zeiten der Eurokrise in der Tat ein relevantes Argument. Mögliche Verhaltensänderungen stellen damit eine Unsicherheit in unserer Prognose dar. Wir schätzen sie jedoch nicht als so fundamental ein, als dass die maßgeblichen Wirkungsmechanismen in Ausmaß oder gar Vorzeichen in Frage gestellt würden. Genau die Erkenntnisse der Lucas-Kritik sind demgegenüber der Grund, aus dem wir nicht wagen, ein Szenario eines Euro-Austritts Deutschlands zu modellieren – dafür wiederum werden wir von van Suntum kritisiert.

Die Bedeutung von Abschreibungsverlusten werde, so eine weitere Kritik (Berg und Carstensen, S. 53), in unserer Studie unterschätzt, da mögliche Transmissionsmechanismen über das Bankensystem nicht berücksichtigt würden. Diese Kritik an makroökonomischen Modellen ist grundsätzlich zutreffend. Der jüngste Schuldenschnitt für Griechenland – dies betonen Berg und Carstensen selbst – hat jedoch gezeigt, dass derartige Maßnahmen beherrschbar sind. Unsere Simulationen haben untersucht, ob mögliche Vermögensverluste für Deutschland aus gesamtwirtschaftlicher Sicht verkräftbar sind. Damit haben wir das öffentlich diskutierte Argument aufgegriffen, dass eine Mitgliedschaft Deutschlands im Euroraum deshalb negativ sei, da Deutschland mit hohen Summen für andere Länder haftet. Wir konnten in unserer Studie zeigen, dass dieses Argument nicht zutreffend ist. Vor diesem Hintergrund haben wir bewusst nicht versucht, die Operation des Schuldenschnitts selbst zu simulieren.

In diesem Zusammenhang als Vergleich auf unsere Studie »Auswirkungen eines Euro-Ausstiegs« (Bertelsmann Stiftung 2012) hinzuweisen (Berg und Carstensen, S. 53), ist mindestens als irreführend zu bezeichnen. In der dortigen Untersuchung haben wir explizit die makroökonomischen Konsequenzen eines Austritts einer Reihe von Südländern simuliert. Ein Austritt ist aber gerade nicht Gegenstand der nun diskutierten Studie. Dass sich die Ergebnisse fundamental unterscheiden, muss deshalb nicht weiter begründet werden.

Schließlich wird von van Suntum bemängelt, dass die Studie auf die Frage, wie eine Rückkehr zur D-Mark konkret

aussehen könnte, nicht eingeht (van Suntum, S. 42). Nun, dies war auch nicht die Fragestellung unserer Studie.

Fazit

Wir danken den drei Autoren ausdrücklich für ihre kritische Auseinandersetzung mit unserer Studie. Einzelne Anregungen wie die Berücksichtigung von Erwartungs- und Verhaltenseffekten sind für künftige Untersuchungen hilfreich. Bei näherer Betrachtung lassen sich die weiteren Kritikpunkte in drei Gruppen einteilen:

- Im Kern ökonomische Kritikpunkte, die gut zu widerlegen sind.
- Kritikpunkte, die überhaupt nicht die Studie betreffen oder die ihr (durch unvollständige) Zitate fälschlicherweise zugeschrieben werden.
- Kritikpunkte, anhand derer ein wenig zwanghaft die Rückkehr zur D-Mark vertreten wird.

Insgesamt vermag die Kritik die Herangehensweise wie die Ergebnisse unserer Studie in keiner Weise in Frage zu stellen. Interessant ist, dass auch van Suntum konzediert, dass »die Vorteile der gemeinsamen Währung in der Studie zwar qualitativ überwiegend zutreffend beschrieben [werden]« (van Suntum, S.40). In der gesamten Kritik findet sich nicht ein Argument, mit dem das Vorzeichen unserer Berechnungsergebnisse und damit die qualitative Aussage, dass Deutschland Vorteile durch die Währungsunion hat, in Frage gestellt würden. In der Gesamtbetrachtung – die Bemerkung sei erlaubt – können sich die Autoren des Eindrucks nicht erwehren, dass die wissenschaftliche Motivation der breit vorgetragenen Kritik die politische nicht überragt.

Literatur

Berg, T.O. und K. Carstensen (2013), »Vorteile Deutschlands durch die Währungsunion?«, *ifo Schnelldienst* 66(10), 50–54.

Bertelsmann Stiftung (2012), *Wachstumswirkungen eines Euro-Ausstiegs – Welche Effekte hätte ein Euro-Austritt Griechenlands, Portugals, Spaniens oder Italiens auf Wachstum und Beschäftigung in Deutschland, Europa und der Welt?* Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (2013), *Vorteile Deutschlands durch die Währungsunion – Szenarienrechnungen bis zum Jahr 2025*, Gütersloh.

Straubhaar, T. (2013), »Wer braucht (noch) den Euro?«, *HWWI Standpunkt*, 26. April.

van Suntum, U. (2013), »Prognos kann negative Folgen einer Rückkehr zur D-Mark nicht belegen«, *ifo Schnelldienst* 66(10), 39–49.